

Herausgeber

Heinrich Bechtoldt
Herbert von Borch
Walter Hallstein
Kurt Georg Kiesinger
Klaus Ritter
Walter Scheel
Carlo Schmid
Helmut Schmidt
Richard von Weizsäcker

AUSSEN POLITIK

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

David Owen

Großbritannien und Europäische Gemeinschaft

Carl A. Ehrhardt

Die EG vor der Süd-Erweiterung

Manfred Knapp

Bonn-Washington: Kooperation und Konkurrenz

Ulrich Stempel

Europa als Test für Kanadas Dritte Option

Ulrich Schweinfurth

Alaska - Frontier State der USA

Christian Kudlich

Devisenbedarf und Verschuldung der Entwicklungsländer

Detlev H. Khalid

Das Phänomen der Re-Islamisierung

Oskar Weggel

Die unruhigen Grenzen in Indochina

Klaus Frhr. von der Ropp und Peter Paul Waller

Die Entwicklungsperspektiven für Zimbabwe

Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften

29. Jahrgang

4/78

4. Quartal 1978, Verlagsort Hamburg, DM 12,50

**Übersee
Verlag
Hamburg**

ISSN 0587-3835

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 29 4. Quartal 1978

David Owen Großbritannien und Euopäische Gemeinschaft	359
Carl A. Ehrhardt Die EG vor der Süd-Erweiterung	369
Manfred Knapp Bonn-Washington: Kooperation und Konkurrenz	385
Ulrich Stempel Europa als Test für Kanadas Dritte Option	399
Ulrich Schweinfurth Alaska - Frontier State der USA	411
Christian Kudlich Devisenbedarf und Verschuldung der Entwicklungsländer	422
Detlev H. Khalid Das Phänomen der Re-Islamisierung	430
Oskar Weggel Die unruhigen Grenzen in Indochina	452
Klaus Frhr. von der Ropp und Peter Paul Waller Die Entwicklungsperspektiven für Zimbabwe	463
Neue Literatur: Bücher und Zeitschriften	477

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Herbert v. Borch, Walter Hallstein, Kurt Georg Kiesinger, Klaus Ritter, Walter Scheel, Carlo Schmid, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (0711) 4701 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Red.

VERLAG: Übersee Verlag GmbH, 2 Hamburg 76, Schöne Aussicht 23, Telefon 2 28 52 26. Verleger: Friedrich Reinecke. Anzeigen: Z. Z. ist Preisliste Nr. 10 gültig. Druck: Druck- und Verlags-haus Friedrich Pörtner, Kapitän-Dallmann-Straße 41-43, 2820 Bremen-Nord.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen 6 Wochen vor Quartalsschluß.

Die Entwicklungsperspektiven für Zimbabwe

Für den Übergang Rhodesiens zu einer unabhängigen Republik Zimbabwe liegen zwei Konzepte vor: die sogenannte interne Lösung nach dem Abkommen von Salisbury, das Ian Smith mit drei schwarzen Parteien, aber ohne die Patriotische Front aus ZANU und ZAPU geschlossen hat, und die sogenannte externe Lösung nach dem Owen-Young-Plan, den keine der insgesamt fünf schwarz-rhodesischen Parteien akzeptieren will. In Wirklichkeit sucht jede dieser Gruppen auf dem Weg in die Unabhängigkeit für sich die Macht im künftigen Staat zu erringen, Kompromisse zwischen ihnen stehen vorerst nicht in Aussicht. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Bonn, und Dr. Peter Paul Waller, vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, Berlin, beide erfahrene und ausgewiesene Afrikaner, weisen nun auf den geringen wirtschaftspolitischen Spielraum hin, der für den Übergang Zimbabwes in die Unabhängigkeit zur Verfügung steht. Tatsächlich sind die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in diesem Land, die für die Masse der schwarzen Bevölkerung durch drastische Umverteilung der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse und durch Hebung des Lebensstandards mit Hilfe großer Investitionen im ländlichen Bereich eintreten müssen, nur durch gleichzeitiges Wachstum im modernen Sektor, im Bergbau und in der Industrie, zu verwirklichen. Dieser moderne Sektor aber braucht seinerseits Kapital und Fachkräfte, und hier wird die Zusammenarbeit mit dem Ausland unerlässlich sein. Auch ein Zimbabwe kann seine Selbstversorgung bewahren und gleichzeitig als Rohstofflieferant und Exporteur von Industrieprodukten eine wichtige Rolle in und für Schwarzafrika spielen. Land ist genügend vorhanden, um die Einengung der schwarzen Bevölkerung zu überwinden. Der Motor der weiteren Entwicklung bleibt der moderne Sektor, der bisher in weiß-rhodesischer oder ausländischer Hand war, der aber auch nur dann ohne Unterbrechung zu entwickeln ist, wenn nach einer Phase der Abwanderung von Kapital und Experten im weiteren Ablauf neues Kapital und neue Experten vom Ausland hereinkommen, weil Zimbabwe über beide nicht verfügt. Hier setzen nun umgekehrt die wirtschaftspolitischen Erfordernisse den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen Grenzen.

I. Vorbemerkungen

Afrika ist 1978 mehr denn je zuvor der Kontinent der Krisen gewesen; es besteht kaum Hoffnung, daß sich daran Entscheidendes ändern wird. Die zunehmende Parteinahme der Welt- und Großmächte und ihrer Helfershelfer zugunsten einer der jeweiligen Parteien in ursprünglich rein innerafrikanischen Konflikten rechtfertigt sogar die Sorge, daß das subsaharische Afrika in den 80er Jahren Hauptschauplatz der Ost-West-Auseinandersetzung sein wird. Dafür eignen sich die derzeitigen Konflikte im südlichen Afrika¹ allem Anschein nach noch mehr als die gegenwärtigen Auseinandersetzungen am Horn von Afrika, im Tschad, in der ehemals Spanischen Sahara und in Angola/Zaire. Ausschlaggebend für diese Einschätzung der Konflikte in und um Südwestafrika/Namibia, Südafrika/Azania und Rhodesien/Zimbabwe ist nicht zuletzt der ungeheure Rohstoffreichtum Süd-

¹ S. dazu aus jüngster Zeit u. a. Heribert Adam: »When the Chips are Down: Confrontation and Accommodation in South Africa« in »Contemporary Crises«, 1 (1977), S. 417-435; Donald Baker: »US Perspectives on Development in Southern Africa«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein/SA) vol. 1 No. 2 (1977), S. 55-74; Kenneth Lee Adelman: »The Black Man's Burden«, in »Foreign Policy« (Washington, D.C.) No. 28 (1977, Herbst), S. 86-109; Pierre Mayer: »L'Afrique du Sud en perspective«, in »Politique Étrangère« (Paris) vol. 42 No. 6 (1977), S. 623-637; Dan Jacobson: »Among the South Africans«, in »Commentary« (New York) vol. 65 No. 3 (1978.3), S. 32-48; Klaus Frhr. von der Ropp: »Frieden oder Krieg im südlichen Afrika?«, in »Aussenpolitik« vol. 28 Nr. 4 (1977.4. Quartal), S. 437-454).

afrikas und Rhodesiens² sowie die strategische Bedeutung Südafrikas. Schließlich ist in Rechnung zu stellen, daß das langjährige Versagen westlicher Politik im südlichen Afrika es der UdSSR und ihren Verbündeten recht leicht gemacht hat, hier Fuß zu fassen.

Im Vordergrund der Entwicklungen im südlichen Afrika steht derzeit wohl der Rhodesien/Zimbabwe-Konflikt. Mit der Unterzeichnung des Abkommens von Salisbury (»interne Lösung«) durch Premierminister Ian Smith und die Vertreter von drei schwarzhodesischen Gruppen Anfang März 1978 ist wohl gewiß geworden, daß die Regierungsverantwortung zum Jahreswechsel 1978/79 definitiv auf die schwarzen Rhodesier übergehen wird. Völlig offen erscheint dagegen die Frage, welche nationalistische Gruppe dann die Nachfolge der heute amtierenden Interimsregierung antreten wird. In Betracht kommen zum einen die drei derzeit an der Interimsregierung beteiligten Organisationen *United African National Council* (UANC/Bischof Abel Muzorewa), der *African National Council*/Flügel Pastor Ndabaningi Sithole (ANC/S) und *Zimbabwe United People's Organisation* (ZUPO des Chief Jeremiah Chirau); zum anderen ringen die seit Ende 1976 in der Patriotischen Front zusammengeschlossenen *Zimbabwe African People's Union* (ZAPU/Joshua Nkomo) und *Zimbabwe African National Union* (ZANU/Robert Mugabe) um die Herrschaft in der künftigen Republik Zimbabwe. Es liegt auf der Hand, daß die an der Übergangsregierung beteiligten schwarz-rhodesischen Gruppen immer stärker mit den offiziellen Streitkräften des Landes in Verbindung gebracht werden. ZAPU und ZANU hingegen bekämpfen, von Zambia bzw. der VR Mozambique aus, mit getrennten (!), teils vorzüglichen Guerilla-Armeen die Regierung in Salisbury. Es ist kaum anzunehmen, daß der Ende 1976 erfolgte Zusammenschluß von ZAPU und ZANU zur Patriotischen Front beide Streitkräfte auf Dauer daran hindern wird, einander auch militärisch zu befehlen. Es hat sogar den Anschein, als sei es hier bereits gelegentlich zu Kämpfen gekommen. Schließlich tragen die seit langem bestehenden, schwerwiegenden Auseinandersetzungen innerhalb ZANUs und die Spannungen zwischen den vier Partnern des heutigen Regierungsbündnisses nicht dazu bei, die innerrhodesische Szene transparenter zu machen.

So ist heute auch keine Aussage darüber möglich, wie sich, im Fall einer weiteren Zuspitzung des rhodesischen Krisenszenarios, Zambia, die VR Mozambique, Südafrika, die beiden Weltmächte und Großbritannien verhalten werden. Wie in der Republik Südafrika, so droht eben auch in Rhodesien/Zimbabwe heute als Folge der auf einem anachronistischen Weltbild basierenden Politik der Weißafrikaner diffuse Gewalt. Die Gefahren, die sich daraus auch für eine der höchstentwickelten Volkswirtschaften Afrikas ergeben, liegen auf der Hand.

II. Ökonomische Dimensionen des Rhodesien/Zimbabwe-Konflikts

Angesichts des Umstandes, daß in vielen Analysen des Rhodesien/Zimbabwe-

² Für Vergangenheit und Gegenwart wird im folgenden der Name Rhodesien für das künftige, von den schwarzen Afrikanern regierte Land der Name Zimbabwe gebraucht.

Konflikts dessen ökonomische Dimensionen nur sehr kurz behandelt werden³, soll bei ihnen im folgenden der Schwerpunkt der Untersuchung liegen. Neben seiner Rolle als wichtiger Rohstofflieferant (Chrom, Asbest, Nickel usw.) und der Bedeutung der ausländischen Privatinvestitionen (aus Großbritannien, Südafrika und den USA) ist es vor allem das wirtschaftliche Gewicht eines zukünftigen Zimbabwes innerhalb Schwarzafrikas, das die Frage nach der Kontrolle dieser Wirtschaft zu einer sehr wichtigen Frage für die weitere Entwicklung in Schwarzafrika macht. Darüber hinaus läßt sich zeigen, daß der Spielraum für gesellschaftspolitische Entscheidungen einer zukünftigen schwarzen Mehrheitsregierung stark von den wirtschaftlichen Strukturen des Landes eingeschränkt wird, will die künftige Regierung in Salisbury nicht die Zerstörung der Wirtschaft in Kauf nehmen.

Mit einem Bruttosozialprodukt von 3,6 Mrd. US-Dollar stand Rhodesien 1976 an sechster Stelle unter den Ländern Afrikas südlich der Sahara und erreichte bei einer Gesamtbevölkerung von 6,3 Millionen ein Pro-Kopf-Einkommen von 550 US-Dollar. Damit gehört das Land nach den beiden Großwirtschaften Südafrikas und Nigerias (1976 ein BSP von 35 bzw. 29 Mrd. US-Dollar) zu einer Mittelgruppe von Ländern, zu der etwa auch Ghana, die Elfenbeinküste und Kenia (1976 ein BSP von 5,9; 4,3 bzw. 3,3 Mrd. US-Dollar)⁴ gehören. Durch seine im Verhältnis zu den anderen schwarzafrikanischen Ländern sehr hoch entwickelte Industrie (ihr Anteil am Bruttoinlandprodukt betrug 1976 23,3 v. H.)⁵ könnte Zimbabwe jedoch in Zukunft unter den schwarzafrikanischen Ländern eine Spitzenstellung einnehmen; wäre es doch in der Lage, in erheblichem Umfang Industriegüter bis hin zu Investitionsgütern in andere schwarzafrikanische Länder zu liefern. Bezogen auf den Wert der Industrieproduktion nimmt Rhodesien bereits heute hinter Südafrika und Nigeria den dritten Platz unter den Ländern Afrikas südlich der Sahara ein. Es sollte sich jedoch von selbst verstehen, daß Zimbabwe die hier angedeutete Schlüsselrolle nur dann wird spielen können, wenn einerseits die neue Regierung in Salisbury von ihren schwarzafrikanischen Nachbarn anerkannt werden wird und diese andererseits mit der wirtschaftlich wesentlich stärkeren Republik Südafrika aus politischen Gründen auch keinen versteckten Handel treiben. Eine weitere Voraussetzung einer wirtschaftlichen Schlüsselposition Zimbabwes im südlichen Afrika ist, daß die hochentwickelten modernen Sektoren seiner Volkswirtschaft funktionsfähig bleiben, obwohl unbedingt erforderliche, tiefgreifende Strukturformen durchzuführen sein werden. Ausgehend von einer kurzen Skizzierung der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur sollen im folgenden die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer derartigen Strategie untersucht werden.

1. Wirtschaftsboom und Sanktionen

Die beiden wichtigsten Strukturmerkmale der Wirtschaft Rhodesiens sind der re-

3 S. dazu u. a. Donald G. Baker: »Rhodesia, Settlement and Southern Africa«, hrsg. vom South African Institute of International Affairs (Braamfontein/SA), September 1976; Klaus Frhr. von der Ropp: »Ein neuer Versuch zur Lösung des Rhodesien-Problems«, in »Europa Archiv« vol. 27 Nr. 2 (1972.1), S. 61-68; ders.: »Rhodesien nach dem Scheitern der Genfer Konferenz«, in »liberal« (Bonn) vol. 19 Nr. 3 (1976.3), S. 200-210.

4 Zu den Zahlenangaben s. IBRD, World Bank Atlas 1977, S. 27.

5 Rhodesia, Ministry of Finance, Economic Survey of Rhodesia 1976, Salisbury, April 1977, Table 3.

lativ hohe Entwicklungsstand des modernen Sektors und die extreme Ungleichheit der Einkommen, die weitgehend der Rassenzugehörigkeit entspricht.

Der moderne Sektor entwickelte sich in der Boom-Periode von 1968 bis 1974 mit realen Wachstumsraten des Bruttoinlandprodukts von durchschnittlich 8,5 v. H. besonders stürmisch. Vorangegangen war Ende 1965 die einseitige Unabhängigkeitserklärung (UDI) des Smith-Regimes und die Verhängung internationaler Wirtschaftssanktionen gegen Salisbury. Diese wirkten sich vor allem auf den Import von Konsumgütern und den Export von Tabak aus, während lebenswichtige Importe und Exporte von Mineralien kaum betroffen wurden. Die Beschränkung der Importe führte zu einem sehr großen Wachstum der Industrie, das den Anteil der Industrie am Bruttoinlandprodukt von 18 v. H. (1967) auf 24,5 v. H. (1974) ansteigen ließ⁶. Basis für dieses Wachstum war die Substitution von Importgütern bis hin zu Investitionsgütern. Innerhalb der Industrie expandierten insbesondere Branchen wie Maschinenbau, Nichteisenmetalle, Plastikprodukte sowie Eisen und Stahl.

Die Reduktion der Tabak-Exporte hatte ebenfalls einen positiven Effekt, da sie zu einer Diversifizierung der Landwirtschaft und zur Selbstversorgung mit den wichtigsten Nahrungsmitteln führte. Einige Autoren haben den rhodesischen Importsubstitutionsboom als einen Beweis für die neo-sozialistische These angeführt, daß eine teilweise Abkoppelung vom Weltmarkt eine der Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern sei⁷. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß Rhodesien bereits zum Zeitpunkt von UDI einen hochentwickelten modernen Sektor besaß, daß durch die Wirtschaftssanktionen lebenswichtige Importe und Exporte letztlich nicht gefährdet wurden und daß schließlich viele Anzeichen dafür sprechen, daß das Importsubstitutionspotential 1975 größtenteils ausgeschöpft war.

1975 zeigte das Bruttoinlandprodukt zum ersten Mal einen absoluten Rückgang (1,1 v. H.), der sich 1976 auf 3,4 v. H. beschleunigte und 1977, nach Schätzungen der Standard Bank, 7 v. H. erreicht haben dürfte⁸. Hauptgrund für die sich jetzt ständig verschlechternde wirtschaftliche Lage ist, daß sich der Guerilla-Krieg seit 1975 ganz erheblich verschärft hat. Er führte zu sprunghaft steigenden Kriegskosten, zu drastischen Devisenbeschränkungen für die Wirtschaft, durch die steigenden Anforderungen des Militärdienstes zu einem immer spürbareren Mangel an Fachkräften, zu einem einschneidenden Rückgang im Bereich des Tourismus sowie dem der Bauvorhaben und schließlich zu einer verstärkten Abwanderung weißer Afrikaner⁹. Es erscheint nach alledem sehr fraglich, ob eine lediglich interne politische Lösung des Rhodesien-Konflikts die Abwärtsbewegung der Wirtschaft wird aufhalten können.

6 S. dazu Rhodesia, Ministry of Finance, a.a.O., Table 3. Vgl. dazu Klaus Frhr. von der Ropp: »Die Republik Rhodesien im zehnten Jahr nach UDI«, in »Internationales Afrika Forum« (München) vol. 11 Nr. 3 (1975.3), S. 170-176.

7 Vgl. A. M. Hoogvelt, D. Child: »Rhodesia - Economic Blockade and Long Term Development Strategy«, Institute of Social Studies, The Hague, Occ. Paper No. 25, 1973.

8 Vgl. »New African«, April 1978, S. 57.

9 Vgl. auch den Bericht über das Economic Bulletin der Rhobank in: »The Star/International Airmail Weekly« (Johannesburg) vom 11. Februar 1978.

2. Zur Natur der Einkommensunterschiede

Dem modernen kapitalistischen Sektor, der etwa 95 v.H. des Sozialprodukts erwirtschaftet, steht die Subsistenzwirtschaft der großen Mehrheit der schwarzafrikanischen Bevölkerung in den Eingeborenen-Reservaten, den *Tribal Trust Land* (TTL), gegenüber. Durch einseitig die weißen Siedler begünstigende Gesetze wurden die landwirtschaftlich ertragreichen Gebiete für weiße Farmen reserviert und die Schwarzen in die marginalen Gebiete abgedrängt; dort konnten sie kaum noch ihren Lebensunterhalt erwirtschaften. Sie waren von daher gezwungen, sich als billige Arbeitskräfte im modernen Sektor (Farmen der Weißafrikaner, Industrie- und Dienstleistungen) zu verdingen. Aber auch in den modernen Sektoren der Volkswirtschaft herrschten und herrschen extreme Einkommensunterschiede. So betrug das Durchschnittseinkommen eines weißen Lohnempfängers 1976 5583 Rhodesische Dollar¹⁰, das eines schwarzen Lohnempfängers dagegen nur 517 Rhodesische Dollar, also weniger als ein Zehntel¹¹. Es ist jedoch nicht nur der extreme relative Einkommensunterschied, sondern vor allem auch die absolute Armut der großen Mehrheit der schwarzen Bevölkerung, die für diese völlig unerträglich ist¹². So zeigt eine Studie aus dem Jahre 1974, daß 84 v.H. der schwarzafrikanischen Familien in den Städten unter dem Existenzminimum von 70 Rhodesische Dollar pro Monat leben mußten¹³.

3. Umverteilung und Wachstum

Bei diesen selbst im Weltmaßstab extremen Einkommensunterschieden¹⁴ sollte sich von selbst verstehen, daß jede der schwarz-rhodesischen Bevölkerung verantwortliche Regierung eine drastische Umverteilung der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse wird vornehmen müssen. Es erscheint unvorstellbar, daß dieses Ziel, das sich international immer mehr durchsetzt¹⁵, in einem Land wie Zimbabwe, das über einen hochentwickelten Produktionsapparat und hervorragende natürliche Ressourcen verfügt, nicht in Angriff genommen werden wird.

Da die große Mehrheit der Unterprivilegierten auf dem Lande und dort insbesondere in den TTLs lebt, wird die Hauptaufgabe der künftigen Regierung in einer einschneidenden Verbesserung der Lebensbedingungen der in diesen Landesteilen lebenden Menschen liegen. Neben der Abschaffung von diskriminierenden Gesetzen und diskriminierenden Preispolitiken bedeutet dies vor allem eine massive Umverteilung von Investitionen zugunsten der ländlichen Infrastruktur (Straßen, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, landwirtschaftliches Beratungswesen usw.). Damit stellt sich die Frage nach der Beschaffung der für diese Umverteilung

10 Ein Rhodesischer Dollar (Rh.\$) entsprach im Februar 1978 1,52 US-Dollar.

11 Rhodesia, Ministry of Finance, a.a.O., Tables 12 and 13.

12 Ende 1976 hatte Rhodesien 6,340 Mill. schwarze und 273 000 weiße Einwohner.

13 Vgl. R. C. Riddell: »The Urban Poverty Datum Line in Rhodesia 1974«, in »Rhodesian Journal of Economics« (Salisbury) vol. 8 No. 3 (1974.9), S. 149.

14 Unter 66 Ländern, die in einer vergleichenden statistischen Analyse erfaßt wurden, war Rhodesien 1968 das Land mit der zweit-schlechtesten Einkommensverteilung; vgl. H. B. Chenery et al.: *Redistribution with Growth*, Oxford 1974, S. 8/9.

15 Vgl. International Labour Office (ILO), *Employment, Growth and Basic Needs*, in »A One World Problem«, Genf, 1976.

erforderlichen finanziellen Mittel, die nur aus einem funktionierenden und wachsenden modernen Wirtschaftssektor kommen können.

Da die TTLs im Verhältnis zu ihrer ökonomischen Tragfähigkeit jedoch hoffnungslos überbevölkert sind, kann eine nachhaltige Verbesserung der Einkommens- und Lebensbedingungen hier nur durch eine Umsiedlung von Bauern in die wesentlich tragfähigeren und dünner besiedelten heutigen weißen Farmgebiete erreicht werden.

Während die Organisationsform der Umsiedlung (kleinbäuerliche Betriebe, Genossenschaften, Staatsfarmen) weitgehend in das Belieben der künftigen Regierung gestellt ist, ist das Tempo des Umsiedlungsprozesses nur begrenzt steuerbar. Sicher erscheint, daß es in den ersten Jahren nicht an besiedelbarem Land in den weißen Gebieten mangeln wird, daß vielmehr die mit einer Umsiedlung verbundenen umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen der Engpaß sein werden. Erschwerend kommt hinzu, daß die in den letzten Jahren erreichte Selbstversorgung mit Lebensmitteln, die auf der hohen Produktivität der weißafrikanischen Farmen beruht, von keiner Regierung gefährdet werden kann, anderenfalls wäre die Versorgung der über eine Million städtischen Schwarzen nicht mehr gewährleistet. Damit erscheinen Erklärungen führender Vertreter der Befreiungsbewegungen – auch der Patriotischen Front –, daß vollbewirtschaftete Ländereien den weißafrikanischen Farmern nicht weggenommen würden, aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten durchaus glaubwürdig.

Da die Umsiedlung von schwarzen Bauern aus den TTLs in die weißen Gebiete ein langfristiger Prozeß sein wird, wird der Bevölkerungsdruck in den ländlichen Gebieten kaum abnehmen; dies gilt um so mehr, als die schwarz-rhodesische Bevölkerung derzeit um 3,6 v. H. pro Jahr wächst. Das bedeutet aber, daß zusätzliche Arbeitsplätze in den nicht-landwirtschaftlichen Sektoren der Wirtschaft geschaffen werden müssen. Schätzungen sprechen von mindestens 60000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr¹⁶. Die Dimension dieser Zahl läßt erkennen, daß das Beschäftigungsproblem für schwarze Afrikaner keinesfalls durch die Ersetzung der Weißen gelöst werden kann, waren doch Ende 1976 nur insgesamt ca. 120000 weiße Rhodesier in der Wirtschaft des Landes aktiv¹⁷.

Die Lösung des Beschäftigungsproblems kann somit nur über ein weiteres Wachstum und eine Umstrukturierung des modernen Sektors, hier insbesondere der Industrie, angestrebt werden. Wie bereits ausgeführt, ist ein nachhaltiges Wachstum in den modernen Sektoren auch im Interesse der Finanzierung der erforderlichen Investitionen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendig. Damit setzt das Erfordernis eines weiteren Wachstums in den modernen Sektoren den künftigen Verantwortlichen in Salisbury ein Datum, das kaum vernachlässigt werden kann. Dem kann nicht das Beispiel des Nachbarlandes Mozambique entgegengehalten werden, wo nach der Entlassung in die Unabhängigkeit die gesellschaftliche Um-

16 Vgl. A. M. Hawkins: »African Labour Supplies in the Rhodesian Economy«, in »Rhodesian Journal of Economics« (Salisbury) vol. 10 No. 2 (1976.6), S. 113.

17 Rhodesia, Ministry of Finance, a.a.O., Table 13.

strukturierung gegenüber dem wirtschaftlichen Wachstum eindeutig Priorität genießt. Denn wirtschaftlich lassen sich die beiden Länder nicht miteinander vergleichen. Wären doch von einer Stagnation in den modernen Sektoren in Zimbabwe auch über 900000 schwarzafrikanische Arbeitnehmer betroffen, von denen über 50 v. H. im städtischen Bereich leben, Menschen also, die ein entscheidendes politisches Potential darstellen.

Als wirtschaftlicher Rahmen empfiehlt sich nach alledem eine Strategie, die Umverteilung mit Wachstum kombiniert. Innerhalb dieses Rahmens kann nun mit unterschiedlichen Systemen verwaltungs- oder marktwirtschaftlicher Provenienz agiert werden. Es ist jedoch zu untersuchen, inwieweit die Notwendigkeit künftigen Wachstums in den modernen Sektoren den Entscheidungsspielraum der kommenden Regierung beschränkt.

4. Aussichten für weiteres Wachstum

Die wichtigsten Wachstumsbereiche nach Aufhebung der Sanktionen und Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu den schwarzafrikanischen Staaten sind Bergbau und Industrie. Trotz der internationalen Sanktionen hat der rhodesische Bergbau in der jüngeren Vergangenheit eine stürmische Entwicklung durchlaufen. So verdoppelte sich das Volumen und vervierfachte sich der Produktionswert in den Jahren 1964 bis 1976. Durch den Widerruf des Byrd Amendment durch den amerikanischen Senat ging 1977 erstmals die Chrom-Produktion zurück; jedoch könnte der Export der wichtigsten rhodesischen Mineralien (Kupfer, Nickel, Chrom, Asbest, Gold u. a.) nach der Lösung des politischen Konflikts noch erheblich gesteigert werden. So sei darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren sowohl neue Minen in Betrieb genommen (Nickel) als auch große neue Lagerstätten (Platin) entdeckt worden sind. Die Bedeutung Rhodesiens als Rohstofflieferant liegt für die westlichen Industrieländer vor allem bei Chrom, einem wichtigen und nicht ersetzbaren Stahlveredelungsmetall. Denn etwa 34 v. H. der Weltvorräte an metallurgischem Chrom entfallen auf Rhodesien; beiläufig sei erwähnt, daß 62 v. H. der Weltvorräte dieses Metalls in der Republik Südafrika lagern. So wären die westlichen Länder bei einer (politisch bedingten) drastischen Verschlechterung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu der Republik Südafrika bei Chrom und anderen Mineralien in erster Linie auf Lieferungen aus Zimbabwe angewiesen¹⁸.

Im Bereich der verarbeitenden Industrie dürfte der interne Markt mittelfristig kaum expandieren, da einer vergrößerten Nachfrage nach Massenkonsumgütern aufgrund von Einkommensverbesserungen der schwarzen Afrikaner eine Schrumpfung des Bedarfs an langlebigen Konsumgütern durch die Abwanderung eines nicht geringen Teils der weißafrikanischen Bevölkerung gegenüberstehen wird. Die Möglichkeiten der Importsubstitution sind nach dem Importsubstitutionsboom des vergangenen Jahrzehnts weitgehend erschöpft. So bleibt als wichtigster Wachstumsmotor auch im Bereich der verarbeitenden Industrie der Export. Im Gegensatz zum Bergbau, dessen Produkte zu 90 v. H. in die westlichen Industrieländer gehen, liegt der Markt für Industriegüter in den Nachbarländern.

¹⁸ Vgl. Wolfgang Schneider-Barthold: »Die Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Republik Südafrika und zu den OAU-Staaten aus deutscher Sicht«, Berlin, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 1976.

1965, dem letzten Jahr offizieller Außenhandelsstatistiken, war Zambia der wichtigste Markt für rhodesische Industrieprodukte. Bis zur Schließung der zambisch-rhodesischen Grenze (1973) reduzierte Zambia laufend seine Importe aus Rhodesien. Dies geschah teils aus politischen Gründen, im übrigen jedoch aufgrund der importsstituierenden Wirtschaftspolitik (Textilien, Bekleidung, Schuhe usw.) Lusakas. Inzwischen ist aber der industrielle Sektor Rhodesiens sehr stark differenziert worden: so werden heute in diesem Land eine Vielzahl von neuen Produkten, vor allem industrielle Zwischenprodukte und Investitionsgüter, hergestellt, auf deren Einfuhr die Nachbarländer, sieht man einmal von Südafrika ab, nach wie vor angewiesen sind. Voraussetzungen für die Wiederaufnahme industrieller Exporte in die schwarzafrikanischen Nachbarländer sind allerdings regionale Zusammenarbeit, Konkurrenzfähigkeit, Kapital und qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Möglichkeit des Exportes von Industriegütern in die hier interessierenden Nachbarländer hängt vor allem von deren Handelspolitik ab. Da aber die Märkte Zambias, Malawis, Mozambiques und Botswanas allesamt sehr klein sind, können auch diese Länder ihre Industrialisierungsvorhaben nur im Rahmen regionaler Zusammenarbeit mit Zimbabwe voranbringen. Insbesondere die Abhängigkeit von Kapitalgüterimporten aus den Industrieländern kann nur im Rahmen regionaler Kooperation abgebaut werden. Die Erfahrung mit regionalen Integrationsversuchen¹⁹ in Afrika zeigt allerdings, daß hiervon in erster Linie die am weitesten entwickelten Partnerstaaten profitieren. Im südlichen Afrika wäre das ohne jeden Zweifel Zimbabwe, geht man einmal davon aus, daß die Republik Südafrika aus politischen Gründen zunächst von einem derartigen Integrationsvorhaben ausgeschlossen sein würde. Das bedeutet aber, daß die Exportchancen Zimbabwes auch davon abhängen, welche Möglichkeiten Salisbury für Lieferungen aus den schwarzafrikanischen Nachbarländern nach Zimbabwe schaffen kann. Zimbabwe wird also auf mögliche Produktionen im eigenen Land (z. B. Hydroenergie-Projekte) zugunsten von entsprechenden Produktionen in den schwarzen Nachbarländern verzichten müssen. Eine erste Initiative zur Schaffung eines Handelsblocks von 16 ost- und südafrikanischen Staaten geht von der *UN Economic Commission for Africa* aus, die diese Staaten im März 1978 zu einer Konferenz in Lusaka/Zambia zusammenführte. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob hier der regionale Rahmen nicht zu weit gesteckt und ob die allfälligen Lehren aus dem vorhersehbaren Zusammenbruch der Ostafrikanischen Gemeinschaft gezogen wurden.

Eine weitere Voraussetzung für den Export von Industriegütern ist die Konkurrenzfähigkeit zimbabwischer Unternehmen. Durch die Importschutzpolitik, seit 1965 verbunden mit einem relativ kleinen Markt, hat der Anteil der Monopolproduktion stark zugenommen. Es wird geschätzt, daß bereits 1968 etwa 68 v. H. aller Industriegüter von jeweils einem einzigen Unternehmen erzeugt wurden²⁰. Dies führt in aller Regel zu hohen unternehmerischen Gewinnen, hohen Preisen und schlechter Qualität. Eine künftige Regierung wird also eine Politik des selektiven

¹⁹ Zu den Erfahrungen in Westafrika s. jüngst Rainer Kühn und Frank Seelow: »Voraussetzungen und Perspektiven der »Economic Community of West African States (ECOWAS)« in »Vierteljahresberichte« des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung (Bonn) Nr. 71 (1978.3), S. 57-69; Manfred Hedrich und Klaus Frhr. von der Ropp: »Chancen regionaler Integration in Westafrika«, in »Ausßenpolitik« vol. 29 Nr. 1 (1978.1.Quartal), S. 84-97.

²⁰ Vgl. Neal J. Dickinson: »Performance and Prospects in Rhodesian Manufacturing Industry«, in »Rhodesian Journal of Economics« (Salisbury) vol. 5 (1971.12), S. 12.

Importschutzes treiben und insbesondere für Branchen mit Exportpotential den Importschutz schrittweise reduzieren müssen. Ein weiterer Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit zimbabwischer Produkte auf den Märkten der Nachbarländer ist die zukünftige Lohnpolitik. Obwohl eine substantielle Anhebung der Löhne der schwarzen Afrikaner unumgänglich sein wird, findet sie dort ihre Grenzen, wo diese Steigerung nicht mehr durch eine entsprechende Reduzierung der unternehmerischen Gewinne aufgefangen werden kann, sondern zu einer Erhöhung der Preise und damit einer Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit führt.

5. Wachstum und ausländische Interessen

Die Beschaffung von Kapital und qualifizierten Fachkräften ist die schwierigste Voraussetzung industrieller Expansion; sie ist zugleich am stärksten von den künftigen politischen Bedingungen abhängig. Die industrielle Aufwärtsentwicklung der Jahre 1967 bis 1974 wurde hauptsächlich durch einbehaltene Gewinne der multinationalen Unternehmen und durch den Zufluß südafrikanischen Kapitals finanziert. Es wird geschätzt, daß die Aufhebung der Beschränkungen beim Kapitaltransfer zu einem Abfluß von mindestens 100 Mill. Rhodesische Dollar führen würde²¹, ein Betrag, der kaum durch den Zufluß ausländischen Kapitals ausgeglichen werden könnte. Jede künftige Regierung in Salisbury wird deshalb zumindest eine teilweise Beschränkung des Kapitaltransfers beibehalten müssen.

Sowohl der Bergbau- als auch der Industriesektor werden zu über 70 v.H. von ausländischem Kapital beherrscht. Im Bergbau sind es vor allem britische Unternehmen wie Lonrho (Gold und Kupfer) und Rio Tinto (Kupfer, Nickel und Gold), die südafrikanische Anglo-American (Nickel, Gold und Kohle) sowie der US-amerikanische Konzern Union Carbide (Chrom), die die Produktion beherrschen. Im industriellen Bereich ist die Zahl der in Rhodesien aktiven ausländischen Unternehmen wesentlich größer, obwohl auch hier Konzerne wie Anglo-American (Nahrungsmittel, Eisen und Stahl) und Lonrho (Textilien) großen Einfluß besitzen.

Es liegt auf der Hand, daß in einer solchen Situation eine Verstaatlichung des Auslandskapitals erwogen werden wird. Durch eine solche Politik könnte auch ein wichtiges politisches Ziel, die Reduzierung der Abhängigkeit der modernen Sektoren der Volkswirtschaft vom Auslandskapital, erreicht werden. Zwei Gründe sprechen jedoch gegen eine derartige Wirtschaftspolitik, selbst wenn sie im politischen Credo einer zukünftigen Regierung enthalten sein sollte.

Wenn man davon ausgeht, daß der moderne Industriesektor erhalten bleiben soll bzw. zur Absorption der Arbeitslosen sogar expandieren muß, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Aufgrund der Importrestriktionen wurden bislang notwendige Ersatzinvestitionen zurückgestellt und notwendige Reparaturen nicht durchgeführt. Da der Staat zur Durchführung einer Strategie der Verbesserung der Lebensqualität der breiten Masse der Schwarzen ganz erhebliche finanzielle Mittel benötigt und zudem einen großen Finanzbedarf für die Sanierung öffentlicher Unternehmen (z. B. Eisenbahnen) hat, kommt er als Finanzquelle für Industrieinvestitionen nur in geringem Umfang in Betracht. Da andererseits auch die bisher

21 Vgl. Colin Stoneman: »Foreign Capital and the Prospects for Zimbabwe«, in »World Development« vol. 4 No. 1 (1976), S. 26.

praktizierte hohe Eigenfinanzierung der Unternehmen bei steigenden Löhnen nicht mehr im bisherigen Umfang durchzuhalten sein wird, kommen als Finanzquelle lediglich ausländische Kapitalgeber in Betracht. Aufgrund des hohen Entwicklungsstandes des modernen Sektors sowie der guten Entwicklungschancen des Landes, dürfte es auch durchaus möglich sein, die erforderlichen Kredite im Ausland zu beschaffen, dies allerdings auf jeden Fall nur unter Einbeziehung des bereits in Zimbabwe engagierten Auslandskapitals. Eine solche Rücksichtnahme auf die Interessen ausländischer Kapitaleigner und Kreditgeber schließt jedoch eine stärkere Kontrolle des Industriesektors durch den Staat, etwa in der Art, wie es andere Entwicklungsländer durch staatliche Beteiligungen an Schlüsselbranchen in verschiedenster Weise bereits tun, nicht aus.

Zur Erhaltung und zum Ausbau der modernen Sektoren sind darüber hinaus vor allem qualifizierte Kader notwendig. Gegenwärtig werden aufgrund politischer Entscheidungen nahezu alle qualifizierten Positionen von Weißafrikanern eingenommen. Es läßt sich heute nicht prognostizieren, wie viele der gegenwärtig in der Industrie beschäftigten 22000 Weißafrikaner das Land nach einem Machtwechsel in Salisbury verlassen werden. Der Umfang der in jedem Fall zu erwartenden Emigration wird insbesondere von den politischen Bedingungen des Übergangs zu einer Mehrheitsregierung abhängen. Es ist jedoch sehr wohl vorstellbar, daß die Zahl der Abwanderer erheblich sein wird; sie werden auf absehbare Zeit nicht durch schwarze Afrikaner zu ersetzen sein. Die wenigen qualifizierten schwarzen Zimbabwer, die derzeit im Ausland leben, werden, soweit sie überhaupt bereit sind, unter den gegebenen Umständen zurückzukehren, in erster Linie vom öffentlichen Sektor absorbiert werden.

III. Politische Imponderabilien und ihre ökonomischen Folgen

Die Verknüpfung des Rhodesien-Konflikts mit dem Ost-West-Gegensatz und die Hinwendung der Befreiungsbewegungen zu dem einen oder anderen Lager sollte nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der wirtschaftspolitische Spielraum der neuen Regierung in Salisbury durch die vorhandenen Wirtschaftsstrukturen, wie dargelegt, begrenzt ist. Keine der afrikanischen Kolonien hatte zum Zeitpunkt der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit einen ähnlich hochentwickelten modernen Wirtschaftssektor, wie ihn Rhodesien heute besitzt. Ein Zusammenbruch dieses Sektors hätte deshalb in diesem Lande viel gravierendere soziale und damit auch politische Folgen als etwa im Nachbarland Mozambique. Er hätte darüber hinaus auch für die schwarzafrikanischen Nachbarstaaten, die gerade hier ihre gegenwärtige große Abhängigkeit von Südafrika abbauen könnten, sehr schwerwiegende Folgen. Dennoch ist die Gefahr einer Entwicklung Zimbabwes hin zum Chaos heute sehr groß.

Derzeit liegen zwei miteinander konkurrierende Pläne zur Beilegung des Rhodesien-Konfliktes vor, und zwar das bereits erwähnte Abkommen von Salisbury von März 1978 sowie der von dem britischen Unterstaatssekretär John Graham gemeinsam mit dem US-Botschafter in Lusaka/Zambia, Stephen Low, erarbeitete,

die Namen des britischen Außenministers David Owen und des amerikanischen UN-Botschafters Andrew Young tragende Plan von September 1977²².

1. Der Vertrag von Salisbury

Nach mehrmonatigen Verhandlungen, bei denen der rhodesische Premierminister Ian Smith nahezu alles das aufgeben mußte, wofür seine Partei und er selbst in den zurückliegenden 15 Jahren gefochten hatten, unterzeichneten Ian Smith und, als Vertreter von UANC, ANC/S und ZUPO, Abel Muzorewa, Ndabaningi Sithole und Jeremiah Chirau das Verfassungsabkommen vom 3. März 1978 (»interne Lösung«).

Auf Einzelheiten dieses Abkommens kann hier nicht eingegangen werden. So müssen einige kurze Hinweise genügen: Es wird für die Zeit bis zur Unabhängigkeit Zimbabwes (31. Dezember 1978) eine Übergangsregierung eingesetzt. Diese besteht aus einem Exekutivrat und, ihm nachgeordnet, einem Ministerrat. Der Exekutivrat setzt sich, übrigens mit wechselndem Vorsitz, aus den Unterzeichnern der internen Lösung zusammen; er trifft seine Entscheidungen einstimmig. Der Ministerrat setzt sich aus einer gleichen Anzahl von schwarzen und weißen Ministern zusammen; d. h. hier, daß jedes Ressort mit je einem Schwarz- und einem Weißafrikaner besetzt ist. Je ein Drittel der schwarzen Minister wurden aus den Reihen von UANC, ANC/S und ZUPO ernannt. Den Vorsitz im Ministerrat führen wechselweise ein Schwarz- bzw. Weißafrikaner. Die Geltung sehr wichtiger Abschnitte der bisherigen Verfassung Rhodesiens wird somit suspendiert. Das Abkommen von Salisbury regelt ferner in Anlehnung an das im schwarzen Afrika nicht sonderlich bewährte Westminster-Modell verschiedene Bestandteile der für die Zeit nach dem 1. Januar 1979 geltenden Verfassung einer Republik Zimbabwe. Besonders hervorzuheben sind hier zum einen die Verleihung des Wahlrechts an alle erwachsenen Zimbabwer (*one-man-one-vote*) sowie, zugunsten der weißen Zimbabwer, ein gewisser Minderheitenschutz. Zu den letzteren ist zu bemerken, daß es den weißen Zimbabwern letztlich allerdings an staatlichen Mitteln fehlen wird, die Einhaltung der Minderheiten-Schutzklausel zu erzwingen. Alle weiteren Einzelheiten der ersten Verfassung einer Republik Zimbabwe sind, unter Aufsicht des Exekutivrats, bis Herbst 1978 zu erarbeiten. Über deren Annahme oder Ablehnung werden die weißen Rhodesier (nur sie!) am 20. Oktober 1978 in einem Referendum entscheiden. Anschließend wird der Verfassungsentwurf dem bisherigen Parlament zur Annahme vorgelegt werden; in ihm haben die weißen Rhodesier bekanntlich eine Dreiviertel-Mehrheit. Anfang Dezember soll dann, trotz des Buschkrieges, ein neues Parlament gewählt werden. Die aus dieser Wahl als Sieger hervorgehende Gruppe wird Rhodesien/Zimbabwe zum Jahreswechsel 1978/79 in die Unabhängigkeit führen.

²² Das Abkommen von Salisbury ist, in deutscher Übersetzung, abgedruckt in »Europa Archiv« vol. 33 Nr. 9 (1978.5), S. D 274-D 278. Zu diesem Abkommen s. Godwin Matatu: »Zimbabwe/A consensus of suspicion«, in »Africa« (London) No. 80 (1978.4), S. 21-23. Der Owen-Young-Plan ist als Command Paper No. 6919 unter dem Titel »Rhodesia/Proposals for a settlement« veröffentlicht worden. Zu diesem zuletzt genannten Plan s. Godwin Matatu: »The tortuous trek to peace«, in »Africa« (London) No. 74 (1977.10), S. 16-20. Zu alledem Ariston Chambati (ANC/Z): »Prospects for a Settlement in Rhodesia: The Anglo-American Initiative versus Internal Settlement«, in »International Affairs Bulletin« (Braamfontein/SA) vol. 1 No. 2 (1977), S. 75-78. Zu dem anglo-amerikanischen Plan berichtet die »Daily News« (Dar-es-Salaam) vom 22. März 1978, S. 1. Julius K. Nyerere habe ihn »a basis for negotiations for genuine majority rule in Zimbabwe« genannt.

Wer bei alledem berücksichtigt, daß die Partei von Ian Smith, die *Rhodesian Front*, noch im Juni 1976(!) die äußerst moderaten Verfassungsvorschläge der nach ihrem Vorsitzenden Vincent Quenet benannten *Commission of Inquiry into Racial Discrimination* in wesentlichen Punkten ablehnte²³, wird zum einen die Kurzsichtigkeit²⁴ der damaligen Entscheidung, aber auch den jetzt in Salisbury erreichten Durchbruch ermessen können. Gleichwohl ist aus heutiger Perspektive festzustellen, daß der Kurswechsel der Regierung Ian Smith mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu spät erfolgte. Denn inzwischen verfügen ZANU und ZAPU mit ihren wohlausgerüsteten Armeen über Machtfaktoren, die, jenseits von allen Ergebnissen eventueller Wahlen, die Zukunft Zimbabwes entscheidend (mit)gestalten werden. So verstand es sich eigentlich von selbst, daß die Patriotische Front, von der OAU als »einzige Befreiungsbewegung« der schwarzen Rhodesier anerkannt, die interne Lösung bedingungs- und einschränkungslos verwarf. Fast zwangsläufig folgte ihre Verurteilung durch die fünf »Frontstaaten« wie auch durch die (15.) Gipfelkonferenz der OAU im Juli 1978 in Khartum/Sudan. Die OAU-Außenminister-Konferenz hatte die interne Lösung bereits vor ihrer Unterzeichnung, nämlich im Februar 1978 in Tripolis/Libyen zurückgewiesen. Gerade angesichts des innenpolitisch bedingten Zauderns der früheren Protektorsmacht Großbritannien, hier klar Stellung zu beziehen, überraschte hingegen die eindeutig negative Stellungnahme der USA. Hier wurde einmal mehr die Handschrift Andrew Youngs deutlich, der allem Anschein nach ganz auf die Patriotische Front setzt. Diese Haltung Washingtons ermöglichte es dann auch dem Sicherheitsrat der UN, die interne Lösung, bei Stimmenthaltung seiner fünf westlichen Mitglieder, mit Resolution 423 (1978) vom 14. März 1978 zurückzuweisen²⁵.

Der Erwähnung bedarf jedoch im übrigen, daß allem Anschein nach die *Rhodesian Front* Ian Smiths ganz erheblich zur Diskreditierung der internen Lösung beigetragen hat: denn statt endlich das bisherige finthenreiche Spiel aufzugeben, statt sofort alle rassendiskriminierenden Gesetze und Maßnahmen abzuschaffen, hat sich nach dem Amtsantritt der Interimsregierung hier nur wenig geändert. Nach wie vor gibt es (weißafrikanische) Bürger erster und (schwarzafrikanische) Bürger zweiter Klasse. Ian Smith und seine Gefolgsleute erweisen sich demnach offenbar als unfähig, zumindest die letzte Möglichkeit einer nicht-kriegerischen Beilegung des rhodesischen Verfassungskonflikts zu nutzen. Das mußte, wie dann auch geschehen, dazu führen, daß der Guerillakrieg im Jahr 1978 trotz des Waffenstillstands-Appells der Interimsregierung vom 2. Mai 1978 noch intensiver geführt wurde als bislang schon. Den Übergriffen der regulären rhodesischen Streitkräfte auf Guerillalager vor allem in der VR Mozambique, später auch in Zambia (erstmalig im März 1978) sowie auf andere Lager in Botswana werden mit Sicherheit weitere Vergeltungsschläge folgen. Und es werden zunehmend auch reguläre Soldaten dieser schwarzafrikanischen Nachbarländer in die Kampfhandlungen verwickelt werden.

23 Dazu »Africa Research Bulletin« (Political, Social and Cultural Series) vol. 13 No. 1 (1976.2), S. 4067 C–4068 C.

24 In diesem Zusammenhang (s. dazu die in Anm. 3 angeführten Arbeiten) sei auf die zahlreichen früheren Verhandlungsrunden zur Beilegung des Rhodesien/Zimbabwe-Konflikts hingewiesen, deren Scheitern häufig Ian Smith und seinen politischen Freunden anzulasten war.

25 S. dazu »Rhodesia internal agreement declared unacceptable«, in »UN Chronicle« (New York) vol. 15 No. 4 (1978.4), S. 23–32, 81–87.

2. Der Owen-Young-Plan

Der bereits erwähnte Owen-Young-Plan («externe Lösung») sieht zunächst den sofortigen und bedingungslosen Rücktritt der Regierung Ian Smith (heute: der multirassischen Übergangsregierung) und ihre Ersetzung durch eine von der britischen Regierung eingesetzte und nur ihr verantwortliche Übergangsregierung vor. Ihr soll ein britischer Generaladministrator (wohl Lord Carver) vorstehen. Bei ihm liegen alle Exekutiv- und Legislativfunktionen, er ist insbesondere auch Oberkommandierender der Streitkräfte. Die Amtszeit des Generaladministrators, während derer er Rhodesien/Zimbabwe in die Unabhängigkeit führen wird, wird sechs Monate nicht übersteigen. Zu den dringenden Aufgaben des Generaladministrators gehört u. a. die Ausrufung eines Waffenstillstandes und die Ersetzung der vorhandenen regulären Streitkräfte wie auch der Armeen ZANUs und ZAPUs durch die neu aufzubauenden bewaffneten Einheiten der künftigen Republik Zimbabwe. Ferner ist eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen; zu deren Arbeit enthält der Owen-Young-Plan, gleichfalls in Anlehnung an das Westminster-Modell, eine große Zahl von Anregungen. Schließlich hat der Generaladministrator dafür Sorge zu tragen, daß auf der Basis *one-man-one-vote* Parlamentswahlen stattfinden werden. Wichtig erscheint schließlich der Hinweis, daß dem britischen Generaladministrator ein nach Zustimmung des UN-Sicherheitsrates ernannter Sonderbeauftragter, wohl der Inder Prem Chand, des UN-Generalsekretärs sowie eine nach demselben Modus zu bestimmende *United Nations Zimbabwe Force* zur Seite stehen wird; deren Funktionen werden vor allem überwachender Natur sein.

Trotz außerordentlich zahlreicher Kontakte, die britische und amerikanische Politiker und Diplomaten in Malta, Salisbury und einer Reihe anderer afrikanischer Hauptstädte zu den Parteien des Konflikts und anderen Interessenten aufnahmen, gelang es nicht, auch nur eine der fünf involvierten schwarzhodesischen Parteien zur Annahme des Owen-Young-Planes zu bewegen. Auch eine Ostern 1978 veranstaltete, dem Rhodesien/Zimbabwe-Konflikt gewidmete Konferenz der Präsidenten der fünf Frontstaaten blieb erfolglos. Dazu der Hinweis, daß diese schwarzafrikanische Staatengruppe, die mehr oder weniger stellvertretend für die OAU tätig wird, in dem anglo-amerikanischen Plan wohl immer eine Verhandlungsbasis sah. Letztlich strebt eben, unabhängig vom Ausgang eventueller Wahlen, jede der schwarzhodesischen Gruppen die Macht in dem neuen Staat Zimbabwe für sich selbst an. Und eine jede befürchtet, unabhängig vom Ausgang eventueller Wahlen, von den rivalisierenden Gruppen bei der Umverteilung der Macht in Salisbury übergangen zu werden. Es mag jedoch sein, daß die im Sommer 1978 von der westlichen Kontaktgruppe nach mehr als einjähriger Verhandlungsdauer erzielten, ohne die Mitwirkung der Frontstaaten nicht denkbaren Anfangserfolge bei der Beilegung des Südwestafrika/Namibia-Problems auch den Rhodesien/Zimbabwe-Konflikt einer Lösung näherbringen. Gemeint ist hier die Annahme des westlichen SWA/Namibia-Plans durch Pretoria, später auch die SWAPO und schließlich – im Juli 1978 – bei Stimmenthaltung der UdSSR und der CSSR (aber Zustimmung der VR China!) durch den UN-Sicherheitsrat. Denn eine Eskalation beider Konflikte würde auch in Zukunft mit Sicherheit nicht an den jeweiligen

Landesgrenzen haltmachen. Schließlich sei erwähnt, daß selbst im südlichen Afrika hier und da eine pragmatische Politik möglich zu sein scheint: es sei nur an die im September 1977 unternommene Reise von Ministerpräsident Ian Smith nach Lusaka/Zambia und seine dortigen Verhandlungen mit Präsident Kenneth D. Kaunda (und, möglicherweise, mit ZAPU-Repräsentant Joshua Nkomo) erinnert. Es hat sehr den Anschein, als bleibe Joshua Nkomo auch für die Realisierung der anglo-amerikanischen Vorstellungen die Schlüsselfigur schlechthin.

3. Ausblick auf die weitere Entwicklung

Bislang gibt es allerdings kaum Anzeichen dafür, daß die in Rhodesien streitenden Parteien künftig stärker als bislang bei der Gestaltung ihrer Politik auch wirtschaftliche Gesichtspunkte in ihr Kalkül einbeziehen. So drängen sich Szenarien auf, bei denen (in wechselnden Koalitionen) jede nationalistische Gruppe gegen jeden Rivalen Krieg führt, bei denen die zum Verlassen des Landes gezwungenen Weißafrikaner in einem letzten Akt der Verzweiflung Rhodesien zuvor in Schutt und Asche legen, vielleicht selbst zu einer Tat des Wahnsinns wie der Sprengung des Kariba-Staudammes (mit allen seinen katastrophalen Folgen für Rhodesien, Zambia und vor allem die VR Mozambique) fähig sind. In früheren Jahren hätte vielleicht eine jetzt in kirchlichen Kreisen Rhodesiens abermals geforderte militärische Intervention Londons Abhilfe schaffen können. Heute jedoch wäre zum einen eine solche Intervention in Großbritannien innenpolitisch nicht zu rechtfertigen, und zum anderen ist damit zu rechnen, daß sich jede relevante schwarzhohesische Gruppe ihr widersetzen würde.

So bleibt heute nur die derzeit schwache Hoffnung, daß die anglo-amerikanischen Bemühungen um Einberufung einer neuen, alle Parteien umfassenden Rhodesien-Konferenz in absehbarer Zeit Erfolg haben wird. Sollte dies möglich sein, so wird wichtig sein, daß London und Washington diese Konferenz im Sinn der Rolle ehrlicher Makler wirklich in den Griff bekommen. Denn die Genfer Rhodesien-Konferenz von Herbst 1976 scheiterte bekanntlich nicht zuletzt an der Unfähigkeit des britischen Chefdelegierten Ivor Richard, wirklich die Funktionen eines Vorsitzenden zu übernehmen. Nur durch eine neue Allparteien-Rhodesien-Konferenz wird, für Rhodesien/Zimbabwe, zu verhindern sein, daß Umtwana Mangosuthu Gatsha Buthelezi mit seiner im Juli 1978 bei der *Road-Ahead*-Konferenz in Grahamstown/Südafrika ausgesprochenen Prognose recht behält: »*Constitutional developments in Southern Africa are going to be a by-product of bullets and power*«²⁶. Die wirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Machtkampfes in und um Rhodesien/Zimbabwe wären natürlich noch verhängnisvoller als dessen verfassungsrechtliche Resultate.

26 »The Star/International Airmail Weekly« (Johannesburg) vom 8. Juli 1978, S. 1.